

Pressemitteilung  
Kiel, 29.11.2006

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## **"Killerspiele": Sozialpädagogen und Waffenkontrolle statt einem nicht kontrollierbaren Verbot**

*In der aktuellen Stunde des Landtages zu den Auswirkungen von sogenannten Killerspielen auf die Gewaltbereitschaft von Kinder und Jugendlichen sagte die Vorsitzende des SSW des SSW im Landtag, **Anke Spoorendonk**, unter anderem:*

Die Ministerpräsidenten von Bayern und Niedersachsen wollen ein Zeichen setzen und mit einer Bundesratsinitiative die so genannten Killerspiele verbieten, die auch im Fall Emsdetten eine wichtige Rolle gespielt haben, weil der Täter sich scheinbar auch von Computerspielen dieser Art inspirieren ließ.

Dabei wird übersehen, dass bereits jetzt alle Computerspiele, die in Deutschland offiziell zu kaufen sind, von unabhängigen Gutachtern geprüft und klassifiziert werden müssen. Damit sind die Vorschriften des Jugendmedienschutzes im internationalen Vergleich relativ streng. 4% aller Computerspiele in Deutschland bekommen von den Behörden, das Etikett Keine Jugendfreigabe.

Zum anderen wird man durch ein Verbot nicht verhindern können, dass Jugendliche diese Spiele weiterhin illegal von Internet herunterladen. Dazu kommt die Frage, ab wann dann ein Computerspiel wirklich als Killerspiel



einzuschätzen ist. Experten sagen, dass die Grenzen hier sehr fließend sind und dass diese Spiele je nach Lebenssituation unterschiedlich auf die Jugendlichen wirken.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn Jugendlichen der Zugang zu solchen Spielen effektiv erschwert wird. Schnelle und leichte Lösungen wird es hier aber nicht geben und das allein löst auch das Problem nicht wirklich. Die oft gestellte Frage, ob ein Verbot der so genannten Killerspiele nicht eine solche Gewalttat an Schulen verhindern kann, lenkt aus Sicht des SSW daher von der Ursachenfindung und -bekämpfung ab.

Wenn Jugendliche solche Handlungen begehen, dann liegt es zumeist daran, dass sie sozial vereinsamt sind und mit ihren Problemen keinen Ansprechpartner mehr finden. Es kommt also darauf an, dass das soziale Umfeld frühzeitig Alarmzeichen erkennt und diesen Jugendlichen hilft.

Deshalb unterstützt der SSW die Forderung der GEW, dass an Schulen mehr Sozialpädagogen und Schulpsychologen eingesetzt werden müssen. Der Aufbau solcher professioneller Strukturen wäre ein Ansatz, dem wir höchste Priorität geben sollten. Dazu sollten auch die Lehrer verstärkt und besser für schwierige «Schülerfälle» ausgebildet werden.

Ein anderer Punkt, der bei dieser Diskussion nicht vergessen werden darf, ist die Frage der Verfügbarkeit von Waffen. Wenn es stimmt, dass der Täter die Waffen über das Internet gekauft hat, ist dies auch eine Problematik, die wir aufgreifen müssen. Eine Verschärfung der Waffengesetze und ein Ausbau der Waffenkontrolle hätte eine Bundesratinitiative wirklich verdient und würde am Ende mehr bringen, als ein Verbot von Killerspielen.□

